



Blickpunkt Europa

Kurznotizen aus Brüssel

Inhalt

Position des Umweltausschusses / 7. Umweltaktionsprogramm	2
Kommissionsbericht zu Investitionen in intelligente Stromnetze	3
Informations- & Kommunikationstechnologien in Schulen	4
Bildungsstudie: Migrantenkinder	5

Position des Umweltausschusses zum 7. Umweltaktionsprogramm

Wie wird die Umweltpolitik in der Europäischen Union bis 2020 aussehen? Der Umweltausschuss positionierte sich.

Am 24. April stimmten die Mitglieder des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) den Berichtsentwurf „über den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein neues allgemeines Umweltaktionsprogramm der Europäischen Union für die Zeit bis 2020: Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“ ab. Der Berichtsentwurf wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen – 49 Mitglieder stimmten dafür, fünf dagegen und zwei enthielten sich.

Der Ausschuss positionierte sich zur EU-Umweltpolitik und der EU-Rechtssetzung und formulierte seine Vision für das Jahr 2050. Es sei auffallend das alleine im Jahr 2011 17 % (299 Verstöße) aller Verstöße gegen das EU-Recht aus dem Umweltbereich kommen. Anwendung und Umsetzung des Rechts scheinen noch Defizite aufzuweisen. Die Kommission schlägt im 7. Umweltaktionsprogramm vor, die lokale Ebene stärker zu berücksichtigen und Hilfestellungen anzubieten – zum Beispiel in Form von partnerschaftlichen Durchführungsvereinbarungen. Der Umweltausschuss möchte diese nun um Partnerschaftsabkommen erweitern und so die lokale und regionale Behörden auf freiwilliger Basis mit einbeziehen. Damit könnte der Dialog sowie der Informationsfluss zwischen den verschiedenen Ebenen verbessert werden.

Die Umweltausschussmitglieder wollen außerdem das Naturkapital besser schützen, erhalten und verbessern. Gerade die Land- und die Forstwirtschaft seien hierbei wichtig, da sie insgesamt 78 % der Fläche der EU einnehmen. Im Landwirtschaftssektor sieht der Ausschuss noch Potenzial zur Vermeidung von Treibhausgasen, während in der Forstwirtschaft die Wiederaufforstung elementar sei. Es bleibt angesichts der Agrarpolitik 2014 abzuwarten, wie die Ausschussmitglieder ihre Position gegenüber den anderen EU-Abgeordneten und dem Rat durchsetzen.

Berichtsentwurf / eingegangenen Änderungsanträge / Kompromissänderungsanträge, auf die sich die Ausschussmitglieder der unterschiedlichen Parteien vor der Abstimmung geeinigt hatten

Kommissionsbericht zu Investitionen in intelligente Stromnetze

Deutschland gehört neben dem Vereinigten Königreich, Italien und Frankreich zu den führenden Investoren. NRW ist mit einer großen Anzahl an Projekten gut aufgestellt.

Der Bericht der Europäischen Kommission, der am 22. April veröffentlicht wurde, stellt Projekte und Investitionen aus 30 Ländern (EU27, Kroatien, Schweiz und Norwegen) der letzten zehn Jahre rund um das Themengebiet intelligenter Stromnetze (Smart Grids) vor. Insgesamt investierten die Länder 1,8 Mrd. €. Hierbei waren Deutschland, das Vereinigte Königreich, Italien und Frankreich Spitzenreiter. Die Kommission merkt an, dass viele private Investoren noch zurückhaltend agieren, da die Verteilung von Gewinnen und Verlusten unsicher sei. Wichtig seien daher Fördergelder und -programme. Als „Best Practice Beispiel“ wurde das Förderprogramm „Energy – IKT – basiertes Energiesystem der Zukunft“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technik vorgestellt. Seit 2008 werden in diesem Programm sechs Modellprojekte mit insgesamt rund 120 Mio. € unterstützt.

Eine interaktive Grafik auf der Kommissionswebsite zeigt detaillierte Ergebnisse, Verteilungen und Faktoren an, die nach gesonderten Parametern aufgeschlüsselt dargestellt werden können. So sind Projekte einzelner Länder und Regionen direkt und einfach sichtbar. In Deutschland wird das Ost-West-Gefälle der gesamten Projekte deutlich. Gerade in Nordrhein-Westfalen wurde eine große Anzahl von Projekten realisiert - 43 der insgesamt 163 Projektstandorte liegen in NRW. Dabei wurde in NRW ein Budget von rund 81,5 € investiert (ca. 217 Mio. € gesamt in Deutschland). In Nordrhein-Westfalen sind die Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf, Arnsberg und Münster nennenswert und beispielhaft. Als eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunft wird die Integration und das Zusammenwirken einzelner Technologien identifiziert.

[vollständiger Bericht](#) in englischer Sprache / [interaktive Grafik](#) zu intelligenten Stromnetzen in Europa

Studie: Informations- & Kommunikationstechnologien in Schulen

Wie gut sind die Schulen in Europa in Bezug auf digitale Kompetenzen eingestellt? Eine EU-weite Studie zeigt erheblichen Nachholbedarf.

Die am 19. April veröffentlichte dritte Erhebung zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zeigt neben Fortschritten auch Nachholbedarf in Bezug auf die digitale Kompetenz an Schulen. Im Rahmen der Digitalen Agenda für Europa (DAE) der Europa Strategie 2020 wurden Schüler, Lehrer und Schulleiter in 31 Ländern (EU27, Kroatien, Island, Norwegen und Türkei) befragt. Die Umfrage wurde in Partnerschaft vom European Schoolnet und der Universität Lüttich durchgeführt und ist Teil einer Serie von Evaluierungsaktivitäten der Europäischen Kommission zum Erreichen der Ziele der Europa Strategie 2020.

Seit der vorherigen Umfrage im Jahr 2006 konnten die Verfasser der Studie Fortschritte in den Bereichen der Bereitstellung von Ausrüstung und Breitbandzugang und dem Maß an Vertrauen in die Lehrer feststellen. In Bezug auf die Digitale Kompetenz und die Verwendung von IKT in europäischen Schulen gibt es weiterhin Verbesserungsbedarf. Das zunehmende Nord-Süd-Gefälle verdeutlicht: Während skandinavische und nordeuropäische Länder am besten abschneiden, weisen Länder wie Polen, Rumänien, Italien, Ungarn, Griechenland und der Slowakei Defizite auf. Deutschland konnte auf Grund des zu geringen Rücklaufs nicht in der Studie berücksichtigt werden - eine Aussage zur digitalen Kompetenz in deutschen Schulen ist somit nicht möglich. Dennoch sollte auf kommunaler Ebene weiter das Ziel verfolgt werden, IKT mehr und besser in den Unterricht zu integrieren.

Als Lösungsvorschläge verweist die Studie auf ein ganzheitliches, fachübergreifendes Konzept. So kann es gelingen, die Jugendarbeitslosigkeit zu senken, hochqualifizierte IKT-Fachleute hervorzubringen und das Wachstum nachhaltig zu steigern. Gerade im Bezug auf die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen ist Handeln gefragt: Trotz einer Jugendarbeitslosenquote von 20 %, sind über 2 Mio. Stellen auf Grund fehlender Qualifikationen nicht besetzt.

Studie in englischer Sprache / das Datenmaterial zur Studie, inkl. des Datensatzes ist frei verfügbar

Bildungsstudie: Migrantenkinder

Welche Chancen haben neu zugewanderte Schüler/innen mit Migrationshintergrund an europäischen Schulen?

Am 11. April stellte die Kommission eine Studie zur bildungsrelevanten Unterstützung für neu zugewanderte Schüler mit Migrationshintergrund (newly arrived migrant

students – NAMS) vor. Diese zeigt einerseits die Unterschiede zwischen Migrantenkinder der zweiten Generation und neu zugewanderten Kindern mit Migrationshintergrund und verweist auf zunehmende Nachteile der NAMS. Gerade schlecht ausgestatteten Schulen und die frühe Segregation würden zu schwachen Leistungen oder zu Schulabbruch führen.

Die Studie stellt fest, dass die Integration der NAMS maßgeblich von drei Faktoren beeinflusst wird: das Alter bei der ersten Einstufung von Bildungsleistungen, der Grad der Zentralisierung des Bildungssystems und die freie Schulwahl bzw. die Zuweisung nach Wohnsitz. Darüber hinaus identifiziert die Studie vier Typen von bildungsrelevanten Fördermaßnahmen, die die Integration von NAMS in nationale Bildungssysteme erleichtern. Hierzu zählen die sprachliche und schulische Unterstützung, die Einbindung und Kooperation sowie die interkulturelle Bildung. Die Kombination dieser Maßnahmen stellt die Grundlage für verschiedene bildungsrelevante Unterstützungsmodelle dar. Die Fördermaßnahmen sollten primär auf folgenden Säulen fußen: Schaffung von mehr Chancengleichheit, Vermeidung von Schulsegregation und Stärkung der Autonomie von Schulen.

Positiv äußert sich die Studie zu dem sogenannten „umfassenden Fördermodell“ in Dänemark, Schweden. Deutschland, Belgien und Österreich praktizieren das „Ausgleichsfördermodell“. Dieses setzt mehr darauf, Unterschiede zwischen Zuwanderern und einheimischen Schülern anzugleichen, als den anfänglichen Nachteil zu beheben. Hier ist noch viel zu tun. Der kreisangehörige Raum sollte die Unterschiede ernst nehmen und weiterhin versuchen, die soziale Integration zu verfolgen.

Studie in englischer Sprache / Zusammenfassung der Studie in deutscher Sprache